



Außenstelle Kiew
www.kas.de/ukraine

Kiew, 05. April 2007

Auflösung des Parlaments, Eskalation des Machtkonflikts und neue Massenproteste

Durch den Erlass des Präsidenten zur Auflösung des Parlaments und zur Durchführung von Neuwahlen hat die politische Krise in der Ukraine einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Lage in Kiew ist bestimmt durch hitzige politische und gesellschaftliche Diskussionen, Massenproteste und erste hektische Wahlvorbereitungen.

Nico Lange

Am Abend des 2. April 2007 unterzeichnete der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko einen „Ukas über die vorzeitige Einstellung der Vollmachten des Parlaments der 5. Legislaturperiode und die Durchführung der Neuwahlen am 27.05.2007“. Der Ukas wurde am 03. April 2007 offiziell veröffentlicht und ist damit rechtskräftig.

Mit der Auflösung der Werchowna Rada zieht Viktor Juschtschenko nach erfolglosen Verhandlungen mit Ministerpräsident Janukowitsch nun die Notbremse. Zuvor hatte sich Ende März die machtpolitische Balance bedrohlich zugunsten des Ministerpräsidenten verschoben, nachdem es (vermutlich durch Zahlung hoher Geldbeträge) gelang, elf Abgeordnete der Opposition zum Übertritt in die „blaue“, nun euphemistisch „Koalition der Nationalen Einheit“ genannte, Mehrheitskoalition zu bewegen. Unter den Abgeordneten befand sich mit Anatolij Kinach auch einer der engen Verbündeten Juschtschenkos aus der Zeit der Orangen Revolution, der in das Amt des Wirtschaftsministers im Kabinett Janukowitsch berufen wurde.

Ministerpräsident Janukowitsch kündigte in diesem Zusammenhang selbstbewusst an, bis zum 01. Mai diesen Jahres durch weitere Fraktionswechsel eine verfassungsändernde Mehrheit von 300 Abgeordneten (derzeit nunmehr 256 von 450) zu gewinnen. Dies wäre höchstwahrscheinlich mit einem Impeachment gegen Juschtschenko, seiner vollständigen Entmachtung und weitreichenden Verfassungsänderungen zugunsten des Ministerpräsidenten verbunden.

DER PRÄSIDENT SIEHT DIE REPRÄSENTATIVITÄT VERLETZT

In der Begründung seines Erlasses bezieht sich Präsident Juschtschenko vor allem auf die Verletzung der Repräsentativität und die in der Verfassung vorgeschriebene Fraktionsbildung auf der Grundlage der Wahlergebnisse. Durch die Fraktionswechsel der Abgeordneten sei der Wählerwille nicht mehr im Parlament repräsentiert und damit die Verfassung der Ukraine verletzt.

Die Legitimität des Ukases des Präsidenten ist umstritten, da Verletzung der Repräsentativität von der ukraini-

schen Verfassung nicht explizit als Grund für die Parlamentsauflösung vorgesehen ist.

Die Parlamentsmehrheit hat sich der Auflösung der Rada widersetzt und eine Gruppe von Abgeordneten hat bereits das Verfassungsgericht angerufen. Eine Entscheidung ist jedoch kaum zu erwarten - auch im Verfassungsgericht gibt es eine Pattsituation zwischen den 18 Richtern. Bisher hat das Gremium seit Herstellung der Entscheidungsfähigkeit ohnehin noch kein einziges Urteil gefällt. Das Verfassungsgericht berät zunächst einmal in den nächsten zwei Wochen über die Annahme des Antrags des Parlaments. Nach ukrainischer Rechtslage ist der Ukas des Präsidenten bis zu einer möglichen Entscheidung des Verfassungsgerichts in Kraft.

KEIN „STAATSTREICH“ SONDERN VERSUCH DER RETTUNG DER DEMOKRATIE

Mit der Auflösung der Werchowna Rada und der Ansetzung von Neuwahlen hat in Kiew keineswegs ein plötzlicher Staatsstreich stattgefunden. Seit Juschtschenkos Bereitschaft zur Kooperation mit seinem Widersacher Janukowitsch und der Unterzeichnung des so genannten „Pakts der Nationalen Einheit“ im letzten Sommer hatte sich die Situation schrittweise zugepunkt. Janukowitsch und die Regierungskoalition versuchten seitdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit, die Stellung des Präsidenten zu schwächen und die eigene Machtposition auszubauen.

Die Kooperationsbereitschaft des Präsidenten und die Vereinbarungen des „Pakts der Nationalen Einheit“ wurden systematisch unterlaufen. In der ukrainischen Politik und der Öffentlichkeit wurde Präsident Juschtschenko in den vergangenen Monaten als schwach und zögerlich wahrgenommen, weil er sich an die demokratischen Prozeduren und die Vereinba-

rungen mit dem Ministerpräsidenten hielt. Dieser und die Partei der Regionen bekämpften Juschtschenko entschlossen mit dem Gewinn der Kontrolle über die Polizei, der Absetzung der vom Präsidenten ernannten Minister, dem „Gesetz über das Ministerkabinett“ und dem Abwerben von Abgeordneten mit dem Ziel des Erreichens einer verfassungsändernden Mehrheit. Die Regierungskoalition hat keinen Zweifel daran gelassen, mit einer Zweidrittelmehrheit ein politisches System nach ihren Vorstellungen gestalten zu wollen.

Bei allen nachweislichen Fehlern und Mängeln der Politik der „orangen“ Kräfte und den berechtigten Kritikpunkten an der fragwürdigen Politik von Julia Timoschenko ist der präsidentielle Ukas vom Montagabend ein Versuch der Rettung der Demokratie in der Ukraine vor dem Rückfall in das autokratische System der Kutschma-Ära.

DIE „BLAUEN“ KOPIEREN RHETORIK UND AKTIONEN DER „ORANGEN“

Vor diesem Hintergrund ist es an Zynismus kaum zu überbieten, dass Janukowitsch und die „blauen“ Kräfte unter Übernahme der exakten Formulierungen der Gegenseite von „Usurpation der Macht“ und der „Verletzung demokratischer Spielregeln“ durch den Präsidenten sprechen. Offensichtlich hat man aus den Fehlern von 2004 gelernt. Janukowitsch agiert rhetorisch wesentlich professioneller als vor zwei Jahren. Die symbolische Besetzung des traditionell „orangen“ Maidan durch die Anhänger der Regierungskoalition mit dem Aufbau eines Zeltlagers war ein geschickter Schachzug. Die aktuelle Rhetorik und die öffentlichen Aktionen der regierungstreuen Kräfte gleichen der Orangen Revolution bis ins Detail.

Nachdem der Präsident auf die plötzliche Bereitschaft Janukowitschs zur Anerkennung aller alten Forderungen nicht reagierte, wendet die Regierungskoalition sämtliche denkbaren Instrumente an, um den Ukas vom Montag außer Kraft zu setzen oder den Präsidenten zum Einlenken und zur Rücknahme zu bewegen. Unter anderem wurden Falschmeldungen über den Rücktritt des Vorsitzenden des Verfassungsgerichts in Umlauf gebracht, man droht mit Boykott der Neuwahlen in der Ostukraine, verweigert deren Finanzierung aus dem Staatshaushalt und bringt tausende Unterstützer – fast ausschließlich Studenten und Rentner - mit Sonderzügen nach Kiew. Eine reine Provokation ist der Beschluss der trotz ihrer Auflösung und unter Abwesenheit der Oppositionsabgeordneten weiterhin tagenden Werchowna Rada, die Wahlkommission von 2004 mit dem nachweislichen maßgeblichen Wahlfälscher Kiwalow an der Spitze wieder einzusetzen.

Angesichts der sicheren Wählerbasis der Partei der Regionen und der konstant hohen Umfrageergebnisse ist die vehemente Gegenwehr gegen Neuwahlen unverstänlich. Offensichtlich geht es vor allem um eine Kraftprobe. Nachdem man sich zuletzt schon als sicheren Sieger im Machtkampf über den Präsidenten glaubte, will man nun keine Niederlage hinnehmen.

NEUWAHLEN WÜRDEN DIE ZUSAMMENSETZUNG DES PARLAMENTS NICHT WESENTLICH VERÄNDERN

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Moros wäre mit Sicherheit der entscheidende Verlierer einer vorgezogenen Neuwahl. Nach seinem spektakulären Wechsel vom „orangen“ ins „blaue“ Lager hat er die Unterstützung der Wähler verloren. Vom Ausscheiden der Sozialisten abgesehen, sind wesentliche Veränderungen der Zusammensetzung des Parlaments durch vorgezogene Wahlen nach jetzigem Stand unwahrscheinlich. Es wird viel davon abhängen, ob die Opposition und möglicherweise auch die regierungstreuen Kräfte in Wahlbündnissen antreten werden. Derzeit besprechen sowohl Nascha Ukraina und der Block Julia Timoschenko als auch Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten die Möglichkeiten der Aufstellung gemeinsamer Listen.

Konrad Adenauer Stiftung
Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Nico Lange

wul. Schowkowytschna 10/4,
01021 Kiew
Ukraine

office@adenauer.kiev.ua
www.kas.de/ukraine